

Landtag Brandenburg

7. Wahlperiode

Antwort

der Landesregierung

auf die Mündliche Anfrage Nr. 311
des Abgeordneten Wolfgang Roick (SPD-Fraktion)

Stand zum Brand- und Katastrophenschutzzentrum in Welzow/Senftenberg

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 18. Sitzung am 18. Juni 2020 mit der Drucksache 7/1418 die Landesregierung beauftragt, die mögliche Ansiedelung eines europäischen Brand- und Katastrophenschutzentrums bzw. von Katastrophenschutzkapazitäten in der Lausitz, bevorzugt am Standort Welzow/Senftenberg unter Einbeziehung der Projekte aus dem RescEU-Programm zu prüfen. Unter Beteiligung der EU und des Bundes sollte hierfür eine konzeptionelle Gesamtbetrachtung vorgenommen werden. Ziel ist die Erstellung eines tragfähigen Konzepts im zeitlichen Rahmen der bindenden Fristen auf Bundes- und europäischer Ebene, welches zur Einwerbung entsprechender EU-Fördermittel zur Umsetzung des Vorhabens dienen könnte.

Mit Schreiben vom 8. Oktober 2020 wurde an Ministerpräsidenten Dr. Dietmar Woidke ein Brandbrief der 58 Mitglieder der Lausitzrunde gerichtet, der eine umgehende Einleitung aller notwendigen Maßnahmen zur Bewerbung bei der Bundesregierung fordert, um dem Brand- und Katastrophenschutzzentrum bei Welzow eine Chance zu geben.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Aktivitäten hat sie seit dem Beschluss unternommen, um die Ansiedelung eines europäischen Brand- und Katastrophenschutz-zentrums in der Lausitz zu ermöglichen?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales Stübgen die Mündliche Anfrage wie folgt:

Das Ministerium des Innern und für Kommunales ist derzeit bei der inhaltlichen Abstimmung für die Beauftragung einer Bedarfsanalyse und einer Machbarkeitsstudie für das angestrebte Vorhaben. Denn so sehr wir uns ein solches Projekt wünschen, sollte es in unser aller Interesse sein, dass es auf einer belastbaren und tragfähigen Planung beruht, um eine nachhaltige Stärkung der Region zu erreichen.

Insoweit gilt es in Abstimmung mit dem Bund und der Europäischen Kommission die tatsächlichen Bedarfe zu erheben und mit den Plänen in Welzow abzugleichen. Das Land Brandenburg verhandelt derzeit gemeinsam mit dem Bund und den Ländern gegenüber der Europäischen Kommission den Entwurf für einen neuen Durchführungsbeschluss zum Katastrophenschutzverfahren der Union.

Zum jetzigen Zeitpunkt ist festzustellen, dass die Einrichtung eines europäischen Brand- und Katastrophenschutzentrums nicht Gegenstand der aktuellen Beschlüsse der Europäischen Kommission über ein Katastrophenschutzverfahren der Union ist. Insoweit gibt es aktuell weder entsprechende Vorhaben der Europäischen Kommission noch entsprechende

Eingegangen: 12.11.2020 / Ausgegeben: 12.11.2020

Finanzmittel zur Umsetzung eines solchen Vorhabens aus dem Haushalt der Europäischen Kommission. Vor diesem Hintergrund gibt es derzeit auch kein Antragsverfahren für ein solches Zentrum, an dem sich das Land Brandenburg beteiligen könnte. Gleichwohl ist die Landesregierung weiterhin bemüht, den Landtagsbeschluss umzusetzen.